

4452/J XX.GP

der Abgeordneten Petrovic, Freundinnen und Freunde  
an den Bundesminister für Finanzen  
betreffend mögliche steuerrechtliche Malversationen im Bereich des "Wohnbau - Imperiums  
der Freiheitlichen Partei Niederösterreich

Medienberichten zufolge sollen in die diversen freiheitlichen Bau - und Wohnbaufirmen  
teilweise direkt öffentliche Mittel eingeflossen sein, sodaß es nicht nur personelle  
Identitäten mit der niederösterreichischen FPÖ (Gratzer , Schreiner, Rosenstingl, Mentil  
sowie der amtierende Klubobmann Marchat) gab, sondern auch finanzielle Verflechtungen  
mit den öffentlichen Haushalten.

Da politische Parteien anders als Wirtschaftsunternehmungen unter anderem zum  
Vorsteuerabzug nicht berechtigt sind, können sich durch die gewählten Konstruktionen der  
niederösterreichischen FPÖ möglicherweise gesetzlich nicht vorgesehene steuerliche  
Begünstigungen im Zusammenhang mit dem Bau der Parteizentrale bzw. mit dem Bau des  
Privathauses des bisherigen Parteivorsitzenden Gratzer ergeben haben.

Die unterfertigten Abgeordneten stellen daher folgende

ANFRAGE:

1. Haben Sie veranlaßt, daß eine umfassende steuerliche Prüfung der Gebarung der Bau -  
bzw Wohnbaugesellschaften der niederösterreichischen FPÖ durchgeführt wird?
2. Wenn ja, seit wann läuft die Überprüfung?
3. Wenn nein, wann werden Sie dies tun?
4. Dem Vernehmen nach soll der Revisionsverband die geschäftlichen Praktiken der  
niederösterreichischen FPÖ heftig kritisiert haben. Diese Kritik sei der  
Wirtschaftspolizei bereits vor den niederösterreichischen Landtagswahlen bekannt  
gewesen. Wann haben die Finanzbehörden erstmals Kenntnis von möglichen  
Malversationen erlangt und welche Reaktionen folgten?

5. Wurden die Finanzbehörden von der Wirtschaftspolizei in Kenntnis gesetzt, daß es im Bereich des freiheitlichen Wohnbau - Imperiums möglicherweise überschuldete (und damit reifere) Gesellschaften gibt?
6. Wenn nein, wie beurteilen Sie diesen Umstand im Hinblick auf § 84 StPO und im Hinblick auf den Gläubigerschutz?
7. Haben Sie veranlaßt, daß die an freiheitliche Gesellschaften ausbezahlten Förderungsmittel einer umfassenden und lückenlosen Überprüfung im Hinblick auf den gesetzeskonformen Mitteleinsatz unterzogen werden?
8. Wenn ja, wann wurde die Überprüfung veranlaßt?
9. Wenn nein, warum nicht?
10. Halten Sie es für politisch weiterhin tragbar, wenn im Dunstkreis von Parteien in einer bunten Mischung gemeinnützige und kommerzielle Tätigkeiten abgewickelt werden, die die Überprüfung eines korrekten Mitteleinsatzes (z.B. die Zurechnung der Overhead - Kosten) erschweren?
11. Welche Konsequenzen ziehen Sie aus Ihrer Einschätzung?